Beschlussvorlage

zu Punkt 17. für die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung (Gemeinde Ostenfeld) am Montag, 9. September 2013

Beratung und Beschlussfassung über die Anschaffung sowie Installation einer Abgasabsauganlage für das Feuerwehrgerätehaus

1. Darstellung des Sachverhaltes:

Beim hiesigen Feuerwehrgerätehaus handelt es sich um eine Garage für das Fahrzeug mit angrenzendem Arbeitsplatz (Schreibtisch mit PC und Faxgerät). In der Garage wird auch die Einsatzkleidung gelagert. Im Einsatzfall kleiden sich die Feuerwehrkameraden dort an.

Aus sicherheitstechnischen (gesundheitlichen) Gründen, die durch die Feuerwehrunfallkasse überprüft und überwacht werden, ist der Träger der Freiwilligen Feuerwehr, die Gemeinde Ostenfeld/R., verpflichtet, im Feuerwehrgerätehaus eine Abgasabsauganlage zu installieren. Die bisherige Praxis, Lüftung durch offenes Tor sowie geöffnete Fenster, wird bei einer Überprüfung durch die Unfallkasse nicht anerkannt.

Seitens der Feuerwehr wurden zur Vorbereitung unverbindliche Angebote über Abgasabsauganlagen eingeholt. Je nach technischer Ausführung liegen die Angebotspreise zwischen rd. 3.100 EUR und 3.800 EUR (Stand Februar / März d. J.).

Im Produkt „Feuerwehr“ stehen derzeit noch rd. 11.000 EUR zur Verfügung (davon u. a. Aus- und Fortbildung, Verdienstausfall insgesamt 5.000 EUR). Somit kann noch in diesem Jahr eine Abgasabsauganlage angeschafft werden, ohne zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

2. Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sachverhalt

3. Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt, eine Abgasabsauganlage für das Feuerwehrgerätehaus anzuschaffen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderliche Ausschreibung durchzuführen. Der Bürgermeister wird ermächtigt, nach erfolgter Ausschreibung den Auftrag an den wirtschaftlichsten Anbieter zu erteilen.

Im Auftrage

gez.
Jan Rüter

gesehen:
gez.

Arnold Schumacher
(Der Bürgermeister)